Auf Blatt 15 des hiesigen Reichsgenossenschaftsregisters, die **Einkaufsgenossenschaft Gayonia Hohenstein-Ernstthal und Umgegend, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht** in **Hohenstein-Ernstthal** betreffend, ist heute eingetragen worden, daß der Bäckerobermeister Hermann Kreher in Hohenstein-Ernstthal nicht mehr Mitglied des Vorstandes, statt seiner aber der Bäckermeister Eugen Ahnert daselbst zum Mitglied des Vorstandes bestellt ist.

Hohenstein-Ernstthal, den 21. Juni 1920. **Das Amtsgericht.**

Auf Blatt 104 des hiesigen Handelsregisters für die Dörfer, die Firma **Heinrich Hermann Haubold** in **Oberlungwitz** betr., ist heute eingetragen worden, daß die Firma erloschen ist.

Hohenstein-Ernstthal, den 21. Juni 1920. **Das Amtsgericht.**

Marmelade, jede Person 1 Pfd. = 3.70 Mk. 1—200: Lorenz, 201—1400: Breitschneider, 1401—2700: Egerland, 2701—3700: Kieß, 4001—5850: Konsum-Verein.

Margarine, jede Person 100 g = 2.70 Mk. 1—1350, 4001—4575: Schmidt, 1351 bis 2600, 4576—4980: Beyer, 2601—3340, 4981—5600: Lässig, 3341—3700, 5601—5850: Horn.

Fettselbstversorger 100 Gramm bei Lässig gegen Marke 13 der Lebensmittelkarte für Fettselbstversorger. Die neuen Lebensmittelkarten für Fettselbstversorger werden **Mittwoch** vormittag von 8—1 Uhr im Lebensmittelamt ausgegeben.

Quark, jede Person ¼ Pfd., 1 Pfd. = 2.70 Mk. 3491—3700, 4001—4350: Egerland, Breite Straße.

Oberlungwitz. Bei der hiesigen Gemeinde ist ein Posten gebrauchte **Militärschnürschuhe,** schwarzgefärbte **Militärjoppen** und neue **Kinderschuhe,** Größe 26—30 eingegangen und werden diese Sachen an hiesige minderbemittelte Einwohner in der Kochschule verkauft.

Oberlungwitz, am 22. Juni 1920. **Der Gemeindevorstand.**

meindeverbänden, die höhere Lehranstalten unterhalten, bleibt es überlassen, auch ihrerseits ähnliche Erhöhungen der Schulgelder vorzunehmen

Auch ein Zeichen der Zeit.

Im Zusammenhang mit der in Bischofswerda abgehaltenen Tagung des sächsischen Gastwirtsverbandes ist eine Ausstellung veranstaltet worden, die außerordentlich zahlreich von Ausstellern beschickt ist. Den Veranstaltern der Ausstellung ist es jedoch nicht gelungen, eine Versicherungsgesellschaft ausfindig zu machen, die bereit gewesen wäre, die Ausstellungsgegenstände gegen Diebstahl zu versichern. Alle Gesellschaften, die in dieser Angelegenheit angegangen worden sind haben die Uebernahme der Versicherung mit dem Hinweis auf die gegenwärtigen Zustände, unter deren Herrschaft das Eigentum fast jeden wirksamen Schutzes entbehrt, abgelehnt.

Sächsische Volkskammer.

126. Sitzung.

Dresden, 21. Juni.

Zu Beginn der heutigen Sitzung gibt Ministerpräsident Buck folgende Erklärung ab:

Die sächsische Regierung hat nach eingehender Beratung im Gesamtministerium beschlossen, der Volkskammer folgende Erklärung zu unterbreiten:

„In der am 10. Juni 1920 stattgefundenen Sitzung des Aeltesten-Ausschusses der Volkskammer und der Regierung ist nach eingehender Aussprache über die durch den Ausfall der Reichstagswahlen geschaffene politische Lage für Sachsen von den Ausschußmitgliedern aller Parteien der Meinung Ausdruck gegeben worden, daß Regierung und Volkskammer die Staats- und Verwaltungsgeschäfte bis zum Zusammentritt des neu zu wählenden Landtages weiter führen sollen. Die Fortführung der Geschäfte und die Erledigung der dringenden parlamentarischen Arbeiten durch Regierung und Volkskammer ist als im Interesse des Landes liegend, übereinstimmend bezeichnet worden. Zu den dringendsten Arbeiten gehören die Beratung und Verabschiedung des Etats, des Entwurfs des Verfassungsgesetzes, des Landtagswahlgesetzes und des sächsischen Vollzugsgesetzes zum Landessteuergesetz. Die Landtagswahlen sollen nach Verabschiedung des Wahlgesetz-Entwurfs unverzüglich vorbereitet und im Herbst vollzogen werden. Die Regierung hat sich auf Grund der gepflogenen Aussprache in dieser gemeinsamen Sitzung bereit erklärt, die Geschäfte bis zum Zusammentritt des neu zu wählenden Landtages fortzuführen. Zur sachgemäßen Erledigung der Regierungstätigkeit bis zum Zusammentritt des neuen Landtages wird die öffentliche Einverständniserklärung der Volkskammer von der Regierung für geboten erachtet. Die Regierung bittet den Herrn Präsidenten der Volkskammer, diese Erklärung herbeiführen zu wollen."

Präsident Fräßdorf schlägt namens des Volkskammer-Präsidiums folgenden Antrag vor: „Die Kammer wolle beschließen: Die Volkskammer nimmt von der Erklärung der Regierung zustimmend Kenntnis."

Namens der Deutschnationalen Fraktion erklärt Abg. Hofmann: Bereits bei der Besprechung des Antrages der Unabhängigen-Fraktion — die Wahlen für die Volkskammer mit den Neuwahlen für den Reichstag zu verbinden — habe ich namens meiner politischen Freunde erklärt, „daß wir diesen Antrag unterstützen, weil wir jede Gelegenheit gern ergreifen, die Neuwahlen für die Volkskammer zu beschleunigen." Demnach müßten wir schon aus partei-politischer Ueberzeugung und Beharrlichkeit der heutigen Regierungserklärung gegenüber eine ablehnende Haltung einnehmen. Wir könnten uns aber der Einsicht nicht verschließen, daß es augenblicklich eine dringende Staatsnotwendigkeit ist, mit tunlichster Beschleunigung eine ordnungsgemäße Erledigung des Haushaltplanes der Verfassungsvorlage und des Landtagswahlgesetzes seitens der Volkskammer mit der jetzigen Regierung herbeizuführen. Was das Vollzugsgesetz zum Landessteuergesetz betrifft, würden wir nur insoweit eine Dringlichkeit anerkennen, als es sich um Verteilung von Reichssteuern auf Staat und Gemeinden, nicht aber um die Einführung neuer Landessteuern, insbesondere der Steuern von Grund und Boden, Vermögen und von Gewerbebetrieben handelt. Zu letzteren bedarf es bei ihren tief einschneidenden wirtschaftlichen Wirkungen so umfangreicher Erhebungen und Beratungen, daß für deren Verabschiedung die verfügbare Zeit bei weitem nicht ausreichen würde. Unserem bekannten Grundsatze getreu, das Partei-Interesse dem erkannten Staatswohl unterzuordnen, erklären wir uns bereit, bei Erledigung der vorher erwähnten dringenden Regierungsvorlagen und -Geschäfte positiv mitzuarbeiten und sie tunlichst bald zu verabschieden. Wir nehmen dem Lande gegenüber für diese unsere Mitarbeit und Unterstützung der Regierung für Erledigung ihrer notwendigen Staatsgeschäfte die volle Verantwortung. Selbstverständlich darf das nicht ausschließen, daß wir einzelnen Bestimmungen der Regierungsvorlage gegenüber einen ablehnenden Standpunkt einnehmen. Die Regierung und die Mehrheitsfraktionen des Hauses werden es danach in der Hand haben, durch verständnisvolles Eingehen auf vereinzelte Vorschläge und Anträge unserseits, bei Beratung der Regierungsvorlagen unsere heute geforderte und zugesagte Verantwortungspflicht dem Lande gegenüber gleich hoch, wie ihre eigene zu bemessen.

Abg. Liebmann (Unabh.) rekonstruiert in einer längeren Darstellung die Haltung seiner Fraktion in Frage der Volkskammerwahl. Aus Zweckmäßigkeitsgründen stimme die unabhängige Fraktion der Erledigung des Etats, des Wahlgesetzes und des Vollzugsgesetzes zum Landessteuergesetz zu. Die Verfassung müsse dem zukünftigen Landtage vorbehalten bleiben.

Gegen 12 Stimmen der Unabhängigen wird der Antrag des Kammerpräsidiums angenommen.

Die Kammer tritt sodann in die Beratung der beiden folgenden Gegenstände der Tagesordnung ein,

Staatshaushalt für 1920 und Haushalt des Elektrizitäts-Unternehmens für 1920

und Aufnahme einer Anleihe für das letztere.

Finanzminister Dr. Reinhold beginnt seine Etat-Rede mit einer längeren Schilderung des wirtschaftlichen Leidensweges Deutschland, als dessen Ausgangspunkt er den Friedensvertrag von Versailles bezeichnet und führt dann u. a. weiter aus: Bezüglich der Preisstürze der letzten Wochen läßt sich schwer voraussagen, ob es sich um eine anhaltende Bewegung handle. Wir würden im kommenden Jahre in unserer Industrie mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben von denen man sich noch keine rechte Vorstellung machen könne. Solange unsere Kohlenförderung nicht steigt, solange werden unsere Industrieen nur mit halber Kraft arbeiten können. Wir müssen von der Einsicht der Bergarbeiter erwarten — und in manchen Zechen sind wir darin nicht getäuscht worden — daß sie, was in ihren Kräften steht, versuchen, die Förderung zu steigern. Zur Hebung unserer Produktion ist auch der Wiederaufbau des deutschen Transportsystems eine Vorbedingung. Mit der vermehrten Produktion muß eine Einschränkung alles überflüssigen Verbrauchs Hand in Hand gehen. Der sächsische Etat überschreitet zum ersten Male den Betrag von 1 Milliarde. Die Einnahmen belaufen sich jedoch nur auf 877 390 530 Mark, sodaß sich ein rechnungsmäßiger Fehlbetrag von 126 Millionen ergibt. In Bezug auf die Erwerbslosenfürsorge sind wir wegen einer anderen Kostenverteilung beim Reiche vorstellig geworden. Zur Deckung des Fehlbetrages von 126 Millionen Mark sieht die Regierung von neuen Steuern ab. Es können folgende Summen erhöht werden: der Ertrag der Forsten um 40 Millionen, der Ertrag der werbenden Staatsanlagen um 6 Millionen und der Ertrag der Kosten und Gebühren in den verschiedenen Ministerien um 40 Millionen, sowie der Betrag, den das Reich nach Uebernahme der Eisenbahnen jährlich zu zahlen hat, um 8 693 602 Mark. Ferner wird die Summe, die für vermutliche Verzinsung von aufzunehmenden Staatsschulden eingesetzt war, wahrscheinlich um 5 Millionen geringer sein. Die noch fehlende Restsumme von etwa 25 Millionen kann dadurch eingebracht werden, daß von den 60 Millionen Ausgaben der produktiven Erwerbslosenfürsorge ein entsprechender Betrag in den außerordentlichen Haushalt übertragen wird. Der Etat wird zum ersten Male wieder balancieren. Nach der Vereichlichung der Eisenbahnen hat Sachsen eine Restforderung an das Reich von 859 857 840 Mark, die uns mit 4½ Prozent verzinst wird, sodaß wir jährlich 38 093 602 Mark zu beanspruchen haben. An sich beläuft sich die schwebende Schuld Sachsens nach dem Stande vom 15. Juni auf 175 Millionen Mark. Aber dieser Betrag ist nur nominell, da ihm Forderungen an das Reich von 152 Millionen entgegenstehen, sodaß die gesamte schwebende Schuld Sachsens nur 23 Millionen Mark beträgt. Die Lage unserer Staatsfinanzen ist sonach im Grunde gesund. Dem erfreulichen Mangel an Passiven stehen an Aktiven gegenüber die schon erwähnte Forderung von 860 Millionen Mark an das Reich und außer unseren verschiedenen Kapitalbeteiligungen unser wertvoller Besitz an Staatsforsten, Domänen, Bergwerken, Elektrizitätsanlagen und industriellen Unternehmungen. Sachsen bietet also für seine Staatsgläubiger eine Sicherheit, die über jeden Zweifel erhaben ist. Aus Sparsamkeitsgründen muß auch die Vereinfachung der Verwaltung noch energischer durchgeführt werden. Die Frage der Besoldungsreform war die schwerste, die ich bisher zu beantworten hatte. Insgesamt wird sich der Aufwand allein für die Besoldung der 16 239 planmäßigen Beamten auf über 300 Millionen Mark stellen. Deckungsmittel für Anforderungen neuer Stellen sind vorläufig nicht vorhanden. Zu den Steuern ist, nachdem die Steuerhoheit auf das Reich übergegangen ist, folgendes zu sagen: Die Grundsteuer wird gründlich reformiert werden müssen, zumal sie noch auf der veralteten Katastrierung von 1843 beruht. Unser Anteil an direkten Reichssteuern beträgt 455 Millionen Mark. Die Stempelsteuer ist mit 4½ Millionen eingesetzt, die Schlachtsteuer, sowie die Uebergangsabgabe und Verbrauchsabgabe von Fleischwerk mit 3⅓ Millionen. Das Gesamtministerium hat mich zu der Erklärung ermächtigt, daß die Regierung bereit ist, auf Wunsch der Volkskammer auf die Schlachtsteuer zu verzichten, wenn für den Ausfall von 3 Millionen Mark anderweit Deckung beschafft wird, was sich unschwer ermöglichen läßt. Künftig sind wir mehr denn je darauf angewiesen, die Erträgnisse unseres Staatsvermögens zu vermehren. Was die Staatsanlage Sachsens betrifft, so hatten wir im Jahre 1918 aus den Staatsforsten eine Einnahme von 31 596 027 Mark, eine Ausgabe von 11 367 764 Mark. Im Jahre 1919 betrug die Einnahme 74 989 895 Mark, die Ausgabe 31 953 603 Mark. Diesmal sind im Haushaltplan die Einnahmen auf 105 086 600, die Ausgaben auf 29 961 045, der Ueberschuß mithin auf 75 125 555 Mark veranschlagt. Hinsichtlich der Porzellanmanufaktur gründet sich die Hoffnung auf ein gutes Ergebnis auf den Weltruf und die anerkannte Vorzüglichkeit ihrer Produkte. Die staatlichen Braunkohlenwerke haben sich günstig entwickelt, denn nach Deckung der Verluste aus den Vorjahren, der Schuldzinsen und nach Ueberweisung eines Betrages von 3 Millionen an den Erneuerungsfonds weist es einen Ueberschuß von 1 380 000 Mark auf. Die staatlichen Kraftwagenbetriebe haben wir von dem Uebergang an das Reich ausgeschlossen. Nachdem jetzt in Bezug auf Betriebsstoffmangel eine Besserung eingetreten ist, haben wir gegenwärtig insgesamt 28 Linien mit einer Gesamtlänge von 477 Kilometer in Betrieb, die im Laufe dieses Jahres auf 40 Linien erhöht werden. Für die Unterhaltung von Staatsstraßen haben wir 10 Millionen Mark mehr eingestellt. Eine Reihe von Straßenbauten ist in Angriff genommen worden, um Arbeitslose zu beschäftigen, also um produktive Arbeitslosenfürsorge zu betreiben. In Bezug auf die Kanalfrage möchte ich erklären, daß wir mit aller Energie für die Süd-Linie eintreten. Bei diesen umfassenden Plänen darf der Elster—Saale-Kanal keinesfalls fehlen. Der außerordentliche Haushaltplan ist verhältnismäßig bescheiden. Wir fordern nur 81½ Millionen an und zwar weil wir zu der gesunden Art der Etatisierung übergegangen sind, wieder sämtliche Ausgaben, die unproduktiven Zwecken dienen, in den ordentlichen Haushalt zu übernehmen. Für die Staatsbank sind 20 Millionen Mk. als weiteres Betriebskapital eingestellt was sich entsprechend verzinst.

Die Sitzung wird darauf abgebrochen und die Beratung auf Dienstag, den 22. Juni, vormittags 10 Uhr vertagt.

Sächsisches.

Hohenstein-Ernstthal, 22. Juni 1920.

Wettervoraussage für morgen:

Kühler, veränderlich, nordwestliche Winde.

Temperatur am 21. Juni:

Minimum +10,6, 12 Uhr +21,4, Maximum +24,1.

—* Am gestrigen Montag, um 7 Uhr abends, ist die Sonne aus dem Zeichen der Zwillinge in das des Krebses getreten, womit im astronomischen Sinne der Sommer begonnen hat. Meteorologisch ist er in diesem Jahre schon recht frühzeitig eingetreten, wie überhaupt die nunmehr beinahe verstrichene Hälfte dieses Jahres sich insofern sehr angenehm gestaltet hat, als stets eine jahreszeitliche Verschiebung von rund einem Monat zu beobachten war. Noch während des Winters wurde es frühlingshaft; der Frühling selbst war an seinem Anfang schon so warm, wie er es sonst gar oft erst an seinem Ende ist, und dementsprechend kamen auch im Frühling selbst bereits sommerliche Temperaturen vor, ohne daß dabei bisher besonders ungewöhnliche Hitzegrade erreicht worden wären. Dieses wäre deshalb wenig wünschenswert gewesen, weil fast ausnahmslos die Jahre, in denen sehr frühzeitig große Hitze eintritt, während des eigentlichen Sommers sehr kühl und regnerisch zu verlaufen pflegen. Man braucht sich nur des total verregneten und kalten Sommers von 1913 zu erinnern, dem Jahre, in dem in der letzten Aprilwoche schon Hundstagshitze geherrscht hatte. Nach dem bisherigen Verlauf der warmen Jahreszeit braucht man für die Gestaltung der Witterung während des eigentlichen Sommers keine Befürchtungen zu hegen. Es läßt sich zwar keineswegs jetzt schon voraussehen, ob der Hochsommer besonders heiß werden wird; aber die Wahrscheinlichkeit einer baldigen entgegengesetzten Gestaltung der Witterung, derart, daß etwa die Witterung vorzeitig herbstlich wird, erscheint auf Grund langjähriger Erfahrungen um gering, und vermutlich wird der Sommer auch weiterhin warm, mindestens aber normal sein. Wir würden, wenn sich diese Annahme bewahrheiten sollte, ein ungewöhnlich warmes Jahr zu verzeichnen haben; denn seither haben die Monate des Jahres 1920 in allen Teilen Mitteleuropas ausnahmslos zu hohe Durchschnittstemperaturen, zum Teil mit außergewöhnlich starker Abweichung vom normalen Mittel, gebracht.

—* Der Wochenverteilungsplan des städtischen Lebensmittelamtes besagt Dienstag: 150 Gramm Speck. Mittwoch: 100 Gramm Margarine (Sonder-Zuteilung), 1 Pfd. Marmelade, Hammelbohnenfleisch bei Egerland und Kieß, Reis bei Reuter, Bismarckstraße und Lederer, Limbacher Straße. Donnerstag: Mischmehl bei Lorenz, Zschocke, Wiedner, Weinreich, Fechner, Koitzsch, Reinhold, F. W. Wagner, Schindheim und Konsum-Verein, sowie Haferflocken, Hafermehl, gelbe Erbsen und Bohnen in fast allen Geschäften, 100 Gramm Fett. Freitag: Morgentrank und Milchsüßspeise in den bekannten Geschäften. Außerdem Fleischextrakt-Ersatz und Knochenbrühwürfel sowie Gemüsekonserven bei Egerland und Kieß. Zuteilung für Mütter und Kinder. Süßstoff in den Apotheken und Drogerien.

—* Die Bäcker-Innung zu Hohenstein-Ernstthal und Umgegend hielt gestern im Hotel „Gewerbehaus" eine außerordentliche Innungsversammlung ab, die von Herrn Obermeister Paul Uhlmann geleitet wurde und sehr zahlreich besucht war. In dieser Versammlung wurde in sehr erregter Stimmung lebhaft Klage geführt über die schlechte Beschaffenheit des zurzeit an die Bäcker gelieferten Mehles, das gar nicht backfähig sei. Den Bäckern werde vom Publikum der Vorwurf gemacht, daß sie sich nicht genug gegen die Zuteilung so minderwertigen Mehles wehrten. Aber gerade die hiesige Innung sei in dieser Sache an maßgebender Stelle mehrmals vorstellig geworden, jedoch ohne Erfolg. Am Publikum liege es nun selbst, sich dagegen zu wehren, zumal die benachbarten Amtshauptmannschaften viel bessere Mehle geliefert erhalten. Wenn die Behörden angeben, daß wir in Glauchau am schlechtesten gestellt seien, so haben die Bäcker alles versucht, mit dem Publikum auszukommen. Das sei aber jetzt bei diesem Mehle nicht mehr möglich. Eine Zuweisung von markenfreiem Mehl lehnte man einstimmig ab, zum Teil wegen des hohen Preises, anderenteils vertrat man die Meinung, man möge lieber eine höhere Zuweisung geben. Ferner verwahrte man sich gegen die Weigerung der Zuteilung von gewerblichem Zucker. Zum Schluß wurde lebhaft die baldige Aufhebung der Zwangswirtschaft gefordert.

—* In den letzten Wochen hat das Wachstum des Getreides sehr zugenommen und aus den kleinen Ackerwiesen sind wogende Aehrenfelder geworden, deren Spitzen sich willig bewegen, wenn der Wind darüber streicht. Bald nehmen die noch grünen Halme ihren goldigen Glanz an. Blaue Kornblumen nicken uns hier und da zwischen den Aehren zu; und die zarte weiße Ackerwinde rankt sich an den einzelnen Halmen empor. Wie lange wird es dauern und die Sense rauscht durch das Aehrenfeld; der Wind fegt über die Stoppeln. Genießen wir jetzt noch die schöne goldene Aehrenzeit!

—* Aus Anlaß und als Abschluß der Weihe des neuen Geläutes der St. Trinitatiskirche fand gestern abend eine geistliche Musikaufführung statt, die sich eines so außerordentlichen Zuspruches zu erfreuen hatte, daß nicht nur alle Räume der Kirche besetzt waren, sondern auch Hunderte keinen Zutritt erlangen konnten. Der Kirchenvorstand wird infolge davon wohl der Frage näherreten müssen, ob sich angesichts dieser regen Nachfrage nicht eine Wiederholung der Aufführung ermöglichen ließe. Im Mittelpunkt des Abends stand Rombergs Vertonung von Schillers „Glocke", das Werk, das allein den Namen seines Komponisten auf die Nachwelt gebracht hat und das durch seine gefällige Melodik, die vielfach Haydn'schen Geist atmet, noch heute auf den Programmen unserer gemischten Chöre seinen Platz behauptet. Herr Kantor Fischer hatte die mehr als hundert Jahre alte Tonschöpfung mit großer Liebe und Sorgfalt einstudiert und im Chor sowohl wie in den Solisten, Fräulein Layritz und den Herren Götze und Georgi, sowie in dem städtischen Orchester so geistvolle und tonschöne Interpreten des Wollens Rombergs gefunden, daß die Aufführung in allem den Eindruck der Vollendung machte. Eingeleitet wurde das Konzert nach dem Vortrage des Wachrufes aus den „Meistersingern", dem Herr Oberlehrer und Organist Egerland sein meisterliches Können lieh, durch ein Hiller'sches Lied „Herr, den ich tief im Herzen trage", von Frau Dr. Frank trefflich in Tongebung und Ausdruck gesungen, einem cantatearigen Liede vom Halleschen Bach, dem großen, aber unstäten Sohn Johann Sebastians, „Kein Hälmlein wächst auf Erden", das dem Bariton des Herrn Götze Gelegenheit zur Entfaltung all' seiner Schönheit und Klangfülle gab, und den Haydn'schen Chor „Die Himmel erzählen die Ehre Gottes", der in seiner Wirksamkeit freilich später von Beethoven geschlagen wurde, die lebenswürdige Gestaltungskraft Haydns im gemischten Gesang, in Solo und Orchester aber voll sich ausleben läßt. So wird die anderthalbstündige Aufführung in allen Besuchern tiefen Nachhall hinterlassen haben.

—* Die Postanstalten haben nun mit dem Verkauf der neuen Einkommensteuermarken begonnen. Die Marken werden in den Werten von 10 und 50 Pf., sowie von 1, 2, 5, 10 und 25 M. ausgegeben. Da der Vorrat an Einkommensteuermarken bei den Postanstalten vorläufig noch gering ist, kann jeder Arbeitgeber zunächst nur etwa ein Viertel des Vierteljahrsbedarfs beziehen. Voraussichtlich am 20. Juli werden die Postanstalten die weiteren Marken abgeben können.

—* Vom 1. Juli d. J. an ist die Wortgebühr für Telegramme im innerdeutschen Verkehr auf 20 Pfg. erhöht worden; die Mindestgebühr für das Telegramm beträgt 2 Mark. Für Pressetelegramme wird die Hälfte dieser Gebühren erhoben. Ein Unterschied zwischen Tele-